

# Basta!

Aktionszeitung zum Volksbegehren



Diese Aktionszeitung wird gemeinsam herausgegeben von:



Gewerkschaft der Polizei BERLIN



Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft BERLIN

**Initiative  
Volksbegehren  
Soziales Berlin**

**In dieser Zeitung:**

- **Obdachlosigkeit dank Hartz IV** Seite 3
- **Vivantes - die Braut wird geschmückt** Seite 5
- **Unverzichtbar - Berliner Symphoniker** Seite 5
- **Volksbegehren kontrovers** Seite 7

## entweder Soziale Politik oder Neuwahlen

**N**ach dem Skandal um die Berliner Bankgesellschaft ist der SPD/PDS-Senat angetreten für eine neue Politik. Inzwischen sichert er die Spekulantenfonds durch Sozialabbau und Privatisierungen - auf Kosten der Berlinerinnen und Berliner und weigert sich, das Volksbegehren gegen den Bankenskandal zuzulassen. Lesen Sie dazu den Beitrag von Peter Grottian: Geballter Druck - Zwei Volksbegehren!

➤ Seite 3

### Volksbegehren findet Resonanz

emnid: 64 Prozent haben vom Volksbegehren gehört

Knapp acht Wochen nach dem Start des Volksbegehrens haben bereits fast zwei Drittel der Berliner vom Volksbegehren Soziales Berlin gehört. 42 % erklärten, dass sie für Neuwahlen sind.

Das geht aus einer Anfang August veröffentlichten emnid-Umfrage hervor. Es überrascht nicht, dass nur 13 % der SPD-Anhänger für Neuwahlen eintreten, jedoch sollte der PDS

zu denken geben, dass 27 % ihrer Wähler für vorzeitige Wahlen in Berlin sind. Das ist ein deutlicher Vertrauensverlust.

Obwohl ein großer Teil CDU-naher Berliner nach dieser Umfrage Neuwahlen fordert, hält die CDU Distanz. Grund: Das Volksbegehren Soziales Berlin richtet sich zugleich gegen die unsoziale neoliberale Politik dieser Partei.

### „Hartz IV - stoppen wir!“

Die ersten Montagsdemonstrationen in ostdeutschen Städten gegen den Hartz-IV-Angriff auf Arbeitslose und Beschäftigte finden Resonanz auch in Berlin.

Die Initiative Volksbegehren Soziales Berlin wird sich aktiv an den Protesten beteiligen. Initiativen-Sprecher Michael Prütz: „Hartz IV und Sozialabbau in Berlin sind die zwei Seiten derselben Medaille.“

# Ich bin doch nicht blöd ...



## Warum wollen wir das Volksbegehren?



**Eberhard Schönberg,**  
Vorsitzender  
der Gewerkschaft  
der Polizei  
BERLIN:

Der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit hat vor der Wahl 2001 versprochen: „Ich habe mir vorgenommen, eine Reform des öffentlichen Dienstes voranzutreiben. Darüber werde ich mit Gewerkschaften und Personalräten reden, ohne sie ist eine sozialverträgliche Lösung nicht zu finden. Dort, wo es unmittelbar um Sicherheit und Strafverfolgung geht, wo also insbesondere auch das Sicher-

heitsgefühl des einzelnen Bürgers betroffen ist, wird es keine Reduzierung geben.“

Es hat keinen Senat nach 1989 gegeben, an dem Gesprächs- und danach Protestversuche so nachhaltig abgeprallt sind, wie an dem Rot-Roten Senat. Dieser Senat betreibt eine Klientelpolitik nach Maßgabe des jeweils geringsten Widerstands, verteilt die Lasten einseitig und behandelt die Betroffenen als Objekte, an denen diese „Politik“ dann vollzogen wird. Das ist verantwortungslos!

Die Einsatzzahlen der Feuerwehr entwickeln sich auf hohem Niveau nach oben. Immer mehr Brände müssen bekämpft werden, der Rettungsdienst wird immer häufiger beansprucht. Die

Gewalt in der Gesellschaft nimmt zu. Das zeigen die Zahlen der Raub- und Gewaltdelikte. Schwerstkriminelle kurdisch-libanesischen Familienclans, litauische Banden und andere Straftäter treiben ihr Unwesen in der Stadt und können nur unzureichend bekämpft werden, da der Polizei Personal und moderne Ausstattung fehlen.

Die dafür verantwortlichen Politiker müssen gebremst werden, sonst werden weite Teile Berlins endgültig verflumen und nicht mehr lebenswert sein. New York lässt grüßen.

**Eine andere Politik lässt sich bei diesem Senat nur über Neuwahlen durchsetzen.** Die Parteien müssen den Berlinerinnen und Berlinern wie-

der verbindlich sagen, für welche Politik sie stehen, sie müssen sich wieder unterscheiden.

Die nur auf „sparen“ angelegte Politik des Senats ist eben nicht alternativlos, wie Wowereit immer behauptet. Zu jeder getroffenen Entscheidung gibt es Alternativen, man muss sie nur suchen!

Wir bitten die Berlinerinnen und Berliner in ihrem eigenen Interesse auf staatlichen Schutz vor Kriminalität, sich dem Volksbegehren anzuschließen. Die Berliner Politik muss endlich wieder die Meinung und die Interessen der Bevölkerung vertreten. Laut einer aktuellen repräsentativen Umfrage sind 90 % der Berliner strikt gegen jeden Personalabbau bei der Polizei

[www.gdp-berlin.de](http://www.gdp-berlin.de)

## Wir wollen eine Änderung der Politik



**Ulrich Thöne,**  
Vorsitzender der  
Gewerkschaft  
Erziehung und  
Wissenschaft  
BERLIN:

Das Volksbegehren für Neuwahlen hat seinen Ursprung in den Studentenprotesten. Im Dezember 2003 wurden gemeinsame Aktivitäten zwischen den DGB-Gewerkschaften und VertreterInnen der Studierenden verabredet, um Einfluss auf die Haushaltsentscheidungen zu nehmen. An sozialer Sicherung, an Bildung, an Ausbildungs- und Arbeitschancen für junge Menschen sollte nicht weiter

gekürzt werden. Die Gesellschaft ist nicht ärmer geworden. Das Sozialprodukt wächst. Leider aber zu wenig, weil oben zuviel eingesteckt wird (z. B. Bankenskandal) und unten zu wenig ankommt. Zu diesem wirtschafts- und sozialpolitischen Irrsinn gibt es Alternativen. Darüber soll und muss in dieser Gesellschaft wieder gesprochen werden.

Der Senat und die ihn tragenden Fraktionen haben bei den Gesprächen Anfang des Jahres jede Korrektur an den Haushaltsentscheidungen kategorisch abgelehnt. Im Gegenteil, sie lassen den Finanzsenator unwidersprochen behaupten, Berlin sei im Bildungs- und Kulturbereich weiterhin mit mindestens einer Milliarde € über-

ausgestattet. Im Umfang von 350 Mio. € bei den Kitas, 150 Mio. € in den Schulen, 89 Mio. € bei den Hilfen zur Erziehung und 450 Mio. € in den Universitäten drohen weitere Kürzungen. Diese Politik wollen wir ändern.

**Wir wollen keinen CDU/FDP-Senat!** Nun wird eingeworfen, mit dem Volksbegehren nur Eines zu erreichen, nämlich einen CDU/FDP-Senat. Die das sagen, unterstellen, dass die Fraktionen von SPD und PDS unter keinen Umständen eine Änderung der bisherigen Politik einleiten werden. Wenn dieser Senat das aber nicht tut, wird er auch ohne Volksbegehren 2006 die Wahlen verlieren. Wir sagen den Verantwortlichen in der SPD und der PDS auch, das Argument, „...zu uns gibt es

keine Alternative und deshalb ist das Volksbegehren falsch“, hat uns lange genug erpressbar gemacht. Uns geht es um Inhalte und hier hat diese Koalition endlich eine Veränderung einzuleiten.

Es gibt Kolleginnen und Kollegen, die die Ziele der Gewerkschaft teilen, aber den Weg des Volksbegehrens für grundfalsch und sogar gefährlich halten. Wir nehmen ihre Bedenken sehr ernst. Dennoch hat eine große Mehrheit der Landesdelegiertenversammlung der GEW BERLIN in der Unterstützung eines Volksbegehrens einen erfolgversprechenden Weg gesehen, Einfluss auf die Politik nehmen zu können. Wir wollen uns engagieren und konsequent bleiben.

[www.gew-berlin.de](http://www.gew-berlin.de)

## Soziale Politik - oder Neuwahlen!



**Michael Hammerbacher,**  
Initiative  
VOLKSBEGEHREN  
SOZIALES  
BERLIN:

Zehntausende demonstrieren in Berlin gegen die Kürzungen im Bildungs-, Kultur- und Sozialbereich. 70 % der Berliner lehnen die unsoziale Senatspolitik zu Lasten der Normalverdiener und Einkommensschwachen ab. Der Senat setzt trotzdem diese Politik unvermindert fort. Wir sagen – wer nicht hören will, muss fühlen! Jeder sechste Berliner lebt unter der

Armutsgrenze von 600 € im Monat. Dies sind über 530.000 Menschen. Diese Zahl wird ansteigen, wenn Hartz IV im kommenden Jahr greift. Fast alle spüren in der Stadt, die Politik muss sich ändern, der Verfall ist in Schulgebäuden und Straßen sogar augenscheinlich. Die Sachinvestitionen in die Infrastruktur Berlins entsprechen heute nur noch einem Drittel von 1995. Das kostet Arbeitsplätze und ruiniert mittelständische und kleine Unternehmen.

In dieser Lage kürzt der Senat mit dem Doppelhaushalt 2004/2005 bei Sozialhilfeempfängern, bei Behinderten, zerschlägt die jahrzehntelang gewachsene Struktur der sozialen Projekte. Besonders skandalös ist, dass Berlin

als erstes Bundesland den kommunalen Arbeitgeberverband verlassen hat und damit als Vorreiter für andere Bundesländer und Konzerne für Arbeitszeitverlängerung, Stellenabbau und Lohnkürzungen gilt. Und wer glaubt, dies sei das Ende der Kürzungsspirale, der irrt. Im Entwurf des Doppelhaushalts 2006/2007 sind weitere 500 Mio. € Kürzungen vorgesehen. Kein Berliner Senat zuvor hat so ein soziales Massaker zu verantworten. Die Berliner Finanzverwaltung hat kürzlich ausgerechnet, dass die Erfüllung der Forderungen des Volksbegehrens 480 Mio. € kosten würde. Das wären nicht mal 2,5 % des Berliner Haushalts. Allein den gutverdienenden Fondszeichnern bei der Berliner

Bankgesellschaft werden in den nächsten zehn Jahren 300 Mio. € pro Jahr zugesichert. Man soll uns also nicht erzählen, dass kein Geld da ist.

Wir stehen vor der Wahl: Entweder ein Ende des SPD/PDS-Senats bei einer regulären Abgeordnetenhauswahl 2006 ohne Protest gegen Kürzungs- und Privatisierungspolitik. Oder einer Neuwahl unter dem Eindruck eines erfolgreichen Volksbegehrens Soziales Berlin. Das wäre auch ein deutliches Signal an die Bundespolitik und stärkt die Bewegung gegen den Sozialabbau durch die Agenda 2010 und Hartz IV.

**Wir brauchen eine soziale Politik! Unterschreiben Sie - und machen Sie mit beim Volksbegehren Soziales Berlin!**

[www.volksbegehren-soziales-berlin.de](http://www.volksbegehren-soziales-berlin.de)





# Obdachlosigkeit dank Hartz

**Wer auf zu großer Fläche wohnt, verliert durch Hartz IV seine Wohnung**

Die rund 400.000 Menschen in der Region Berlin-Brandenburg, die ab 1. Januar 2005 vom Arbeitslosengeld II (ALG II) betroffen sind, haben nicht nur weniger Geld in ihrem Portemonnaie, sondern stehen in der Gefahr ihre Wohnung zu verlieren.

Zwar sieht das Gesetz vor, dass zukünftig die „Agenturen für Arbeit“ die Kosten für Miete und Heizung übernehmen sollen. Allerdings nur, wenn der Betroffene einen „angemessenen“ Wohnraum nachweisen kann. Das heißt im Klartext: Wer auf zu großer Fläche wohnt (für Ein-Personenhaushalte nicht mehr als 45 Quadratmeter bzw. für jede zusätzliche Person im gleichen Haushalt 15 Quadratmeter) oder wessen Mietzins die „ortsübliche“ Höhe überschreitet, muss damit rechnen, dass er die darüber hinausgehenden Kosten selber zahlen muss. Doch wer kann das vom ALG II, pauschal monatlich 345 € (in den alten Bundesländern und Berlin) bzw. 331 € (in den neuen Bundesländern)? Die Alternative lautet: Auszug. Wer versucht, seine Wohnung dennoch zu halten und Mietschulden anhäuft, kann nur bedingt auf Hilfe hoffen. Für die Arbeitsagenturen gilt eine wesentlich enger gefasste Mietschuldenübernahmesnorm als für die Sozialämter. Danach können Miet-

schulden ausschließlich als Darlehen und auch nur dann übernommen werden, wenn der drohende Verlust der Wohnung die Aufnahme „einer konkret in Aussicht stehenden Beschäftigung“ verhindern würde. Der Weg

der Wohnungsverlust drohen. Denkbar sei lediglich, dass der Sozialhilfeträger die Kosten für ein Notquartier übernimmt. Den Betroffenen bleibt dann nur noch eine ordnungsrechtliche Unterbringung in einer Pension. Denn



**Ihre Unterschrift für das Volksbegehren, ein wirksamer Protest gegen Sozialabbau**

zum Sozialamt steht Arbeitslosen zwar nach wie vor offen. Experten befürchten jedoch, dass durch die langen Antragswege Räumungen bereits vollzogen sein werden, ehe das Verwaltungsverfahren für eine Mietschuldenübernahme durchlaufen ist. Kerstin Bauer (PDS), Sozialstadträtin von Friedrichshain-Kreuzberg: „Sollten die Pläne umgesetzt werden, droht eine massive Zunahme von Obdachlosigkeit. Die Mietschuldenübernahme wird nur noch bei einem Bruchteil unserer Klienten überhaupt in Betracht kommen.“ Folgerichtig wird

selbst die bisher vorgesehene Unterbringung in qualifizierten Betreuungseinrichtungen ist nach Einschätzung von Bauer ausgeschlossen.

Die Stadträtin hat das Horrorszenario, das dann auf ihren Bezirk zukommen würde, durchgerechnet. So existieren im Bezirk 29 gewerbliche Pensionen mit 800 Plätzen, von denen rund 211 für Familien geeignet seien. Für Ein-Personenhaushalte stünden in der Regel lediglich Quartiere in Mehrbettzimmern zur Verfügung.

**Christian Linde**  
[www.motz-berlin.de](http://www.motz-berlin.de)

## Volksbegehren - weshalb?

- Der Berliner SPD/PDS-Senat setzt seine Kürzungs- und Privatisierungspolitik trotz aller Proteste unvermindert fort. Wir meinen: Wer nicht hören will, muss fühlen!
- **entweder**
  - Rücknahme der Kürzungen im Sozial-, Bildungs- und Kulturbereich,
  - Stopp der Privatisierungsvorhaben bei den Landesbetrieben,
  - Rücknahme der Risikoabschirmung für die Bankgesellschaft,
  - Rückkehr Berlins in den kommunalen Arbeitgeberverband,
  - Rücknahme der Arbeitsverlängerungen und Lohnsenkungen im öffentlichen Dienst.
- **oder**
- Volksentscheid zur Auflösung des Abgeordnetenhauses und Neuwahlen!

## Wie funktioniert das Volksbegehren?

- Ein Volksbegehren zur Beendigung der Wahlperiode des Abgeordnetenhauses besteht aus drei Stufen. In der ersten Stufe müssen mindestens 50.000 wahlberechtigte Berliner innerhalb von sechs Monaten den Antrag unterschreiben.
- Die zweite Stufe, das eigentliche Volksbegehren, ist erfolgreich, wenn sich mindestens 20 % der Wahlberechtigten (ca. 500.000) in Listen in den Bezirken eintragen.
- Der Volksentscheid ist zustande gekommen, wenn mindestens 50 % der Wahlberechtigten teilnehmen und die Mehrheit zustimmt.

Peter Grottian:

## Geballter Druck - Zwei Volksbegehren!

Zuweilen gibt es politische Konstellationen, die nicht geplant sind und eine überraschende Perspektive eröffnen: der Senat ist mit zwei sich ergänzenden Volksbegehren konfrontiert – mit dem Volksbegehren „Schluss mit dem Berliner Bankenskandal“ und dem Volksbegehren zur vorzeitigen Beendigung der laufenden Wahlperiode. Das verspricht spannende Zeiten.

Das Volksbegehren zur qualitativen Lösung des Bankenskandals ist bekanntlich vom Senat abgelehnt worden – mit der oberflächlichen Argumentation, dass Volksbegehren, die den Haushalt tangieren, durch die Berliner Verfassung nicht gedeckt sind. Die Initiative Berliner Bankenskandal hat beim Verfassungsgerichtshof Berlin dagegen mit Hilfe anse-

hener Staats- und Verwaltungsrechtler Einspruch eingelegt. Das Gericht steht in seiner Entscheidung vor einer juristischen Premiere. Es hat die Möglichkeit, die Verfassung traditionell und sehr eng auszulegen – dann hätten wir nicht die besten Karten. Schließt sich das Gericht dagegen der neuen Rechtsprechung über die grundsätzliche Zulässigkeit von Volksbegehren an, die auch haushaltsmäßige Auswirkungen haben dürfen

und prüft es gleichzeitig die grundsätzliche Verfassungs- und Haushaltswidrigkeit des Bankenskandals mit seinen Folgen für den Haushalt und die Berliner Bürger, dann hätten wir gute Chancen auf eine Zulassung oder zumindest Teil-Zulassung des Volksbegehrens. Das Gericht ist von den Per-



sönlichkeiten so besetzt, dass vieles dafür spricht, das Volksbegehrensverbot aufzuheben. Volksbegehren, die sich nur auf haushaltsmäßig irrelevante Sachverhalten beziehen dürfen – sind eine glatte Amputation demokratischer Willensbildung. Wir sind insofern eine etwas einzigartige Initiative,

als wir nichts für uns, für ein bestimmtes Klientel reklamieren, sondern für das Land und seine Bürger und Bürgerinnen die Folgen des Skandals zumindest mildern möchten. Eine Entscheidung des Gerichts ist im Dezember zu erwarten.

Fast genau zu diesem Zeitpunkt wird das Volksbegehren zur vorzeitigen Abwahl des Senats in seine zweite Phase eintreten. Sollte das Gericht das Volksbegehren gegen den Bankenskandal zulassen, dann müsste der Senat die weiteren Stufen beider Volksbegehren wohl zusammenlegen. Anders formuliert: beide Volksbegeh-

ren würden sich vermutlich wechselseitig dynamisieren. Nimmt man hinzu, dass unsere Pläne für einen heißen Herbst zu Hartz IV inzwischen Konturen annehmen, dann käme ein geballter Druck zustande, mit dem sich der Senat auseinandersetzen müsste. Legen wir darüber hinaus im Oktober noch einen radikalen Entschuldungsplan für Berlin vor, der die einäugige Sarrazin-Logik durchbricht, haben wir gute Chancen, die neoliberale Herrschaftslogik mehr und wirkungsvoll in Frage zu stellen.

**Wenn miserable Stadtpolitik und die Extase bürokratischer Herrschaft mit Hartz IV zusammenfällt, dann ist das die gemeinsame Herausforderung für außerparlamentarische Gruppen, für die Wahlalternative und die Initiative Volksbegehren. Nicht das Interesse an uns selbst ist die Devise, sondern der Bezug zu gemeinsamen politischen Projekten, die wir jetzt angehen.**



# Zu Fuß zum Sozialamt

Zuerst wunderte sich Bernd P., Sachbearbeiter im Neuköllner Sozialamt, dass einige „Klienten“ müde und abgespannt vor seinen Schreibtisch traten. Dann fand er heraus, sie hatten bereits einen langen Fußmarsch hinter sich.

Zum Beispiel Rüdiger F.: Der 42-jährige Familienvater kam zu Fuß aus Rudow, weil für ihn seit der Abschaffung des Sozialtickets die 4 € für die BVG unerschwinglich sind. An Sozialhilfeempfänger wie Rüdiger F. muss Thilo Sarrazin, SPD-Finanzsenator, gedacht haben, als er im Hauptausschuss des Abgeordnetenhauses erklärte, kürzere Entfernungen bis zu fünf Kilometern könnten von den „Hilfberechtigten“ zu Fuß oder per Fahrrad bewältigt werden.



Nach anderen Vorstellungen im Senat sollen Sozialhilfebedürftige bis zu 23 € selbst tragen. Jede weitere Fahrt könnte dann vom Sozialamt erstattet werden. Die Ämter müssten dann auch die ersten Fahrten auf ihre jeweilige Notwendigkeit hin überprüfen. Wenn so letztlich alle Fahrtkosten extra abgerechnet werden, dürfte in den Bezirksämtern Chaos ausbrechen. Allein Charlottenburg-Wilmersdorf rechnet für 7.000 Hilfeempfänger, sollten diese Vorstellungen real werden, mit Zusatzkosten in Höhe von 3,2 Mio. €. Nicht eingerechnet sind Sacharbeiter-, Verwaltungs- und sonstige Kosten, wie sie durch Widerspruchsverfahren und Verwaltungsgerichtsklagen über einzelne Fahrtberechtigungen entstehen werden.



## Die Bürger Berlins haben ein Recht auf die Wahrheit

**Politiker setzen auf die Vergesslichkeit der Bürger dieser Stadt. Das dürfen wir nicht zulassen.**

Die Verschuldung Berlins wurde durch viele politische Entscheidungen herbeigeführt. Dazu gehört die drastische Kürzung der Berlinförderung im Jahr 1994 um jährlich 4 Mrd. €. Da waren sich im Bundesrat alle einig.

Dazu gehört die Verschönerung des Berliner Landesvermögens durch den Diepgen-Landowsky/Strieder/Fugmann-Heesing geführten Senat.

**Wir erinnern uns an:**

- 1994 Gründung der Bankgesellschaft Berlin zur Plünderung der Sparkasse
- 1998 wurden die Versorgungsbetriebe BEWAG und GASAG verkauft
- 1998 wurde die Wohnungsbaugesellschaft GEHAG verkauft (50.000 Wohnungen)
- 1999 wurden die Berliner Wasserbetriebe zur Hälfte verkauft
- 2001 Skandal der Bankgesellschaft



*Mit Engagement beim Start zum Volksbegehren am 4. Juni auf dem Alex*

schaft Berlin – Zuschuss des Landes an die Bank in Höhe von 1,6 Mrd. € plus „Risikoabschirmung“, also die Übernahme der Bürgerschaft für die Immobilienspekulation von 21,6 Mrd. € durch das Land!

- 2004 wurde die Wohnungsbaugesellschaft GSW mit ca. 70.000 Wohnungen verkauft.

Egal wer in Berlin regierte, ihre Politik war es, den Monopolen und Großkonzernen dieser Welt das Eigentum der Bürger Berlins in den Rachen zu werfen.

Ihr Versprechen, man mache diese Politik zum Wohle der Bürger, ist auch immer das Gleiche. Die wirklichen Folgen aber auch - nämlich Massenarbeitslosigkeit in Berlin, Dumpinglöhne, weitere Verschuldung des Staates, weil er seine Betriebe verkauft hat und danach die Einnahmen fehlen. Verschlechterung der Leistungen für die Bürger, Verteuerung von Kindergärten, Wasser, Strom und Gas sind die Folgen dieser Politik!

**Deshalb ist es notwendig, dass die Bürger dieser Stadt endlich aktiv werden – trotz der Sorgen, die jeder Einzelne hat.** Denn diese Sorgen werden immer größer werden, wenn jeder sich darauf verlässt, irgendjemand wird schon etwas tun.

Es geht darum Wissen zu bündeln und in echte Alternativen zu wandeln – gegen die herrschende dumme, einfältige und einseitige Politik. Viele dieser Ideen gibt es heute schon, aber die herrschende Führungsschicht lehnt derzeit jede Alternative mit Arroganz ab.

➤ Um dem entgegenzutreten braucht es mehr, als eine kleine Bürgerinitiative.

➤ Um dem entgegenzutreten braucht es das Wissen und die Kraft des ganzen Volkes.

➤ Ein Volk kann sich wehren. Demokraten müssen das sogar. Es steht in der Verfassung!

**Ein Volksbegehren gegen Dummheit und Arroganz muss man unterstützen!**

**Gerlinde Schermer** ist Mitglied der SPD und gehörte bis 1999 dem Berliner Abgeordnetenhaus an





# Vivantes – Die Braut wird geschmückt!

**Nach bekanntem Muster war bei den Berliner Krankenhäusern „dringender“ Sanierungsbedarf herbeigeredet worden. Die Insolvenz drohe und der Senat forderte „Opfer“ der Beschäftigten zur Rettung „ihres“ Unternehmens.**

Aus dem Hut gezauberte Benchmark-Zahlen, von Region zu Region und Sparte zu Sparte beliebig einsetzbar, wurden zur Grundlage einer Diskussion, deren Ergebnis von Anfang an feststand: Lohnabbau und Arbeitsplatzvernichtung.

Seit 2001 klagte die Vivantes-Geschäftsführung über zwei wesent-

liche Standortnachteile in Berlin: Die Tarifstruktur und die Beschäftigungssicherung, mit der die Beschäftigten vom Senat beim Übergang in das neue Unternehmen geködert wurden.

Am 15. Juli unterzeichnete die Gewerkschaft, deren Organisationsgrad in den Häusern nicht einmal 15 % beträgt, in aller Stille einen „Notlagentarifvertrag“ für die Vivantes-Mitarbeiter. Diese verzichteten bis 2008 auf Weihnachts- und Urlaubsgeld. Dafür sind „betriebsbedingte“ Kündigungen bis 2010 ausgeschlossen. Auf eine Mobilisierung der Beschäftigten wurde verzichtet.

Nicht einmal die eigenen Mitglieder durften über das Ergebnis der Tarifverhandlungen abstimmen.

Ein Erfolg für die Geschäftsführung. Sie betrachtet die Billigung ihres „Sanierungsplans“ durch den Senat als Bestätigung, dass mit ihrem Rahmenkonzept bereits 2001 die richtige Richtung eingeschlagen worden sei. Es habe lediglich Umsetzungsprobleme gegeben. Diese seien jetzt aus dem Weg geräumt, der Weg in die Gewinnzone frei. Hinter diesen „Umsetzungsproblemen“ steckte aber nichts anderes als der Widerstand von Beschäftigten gegen Lohnraub, Arbeitsplatzvernichtung und eine

die Qualität der medizinischen Versorgung bedrohende Arbeitsverdichtung. Dieser Widerstand wurde nun auch mit Hilfe betrieblichen Co-Managements gebrochen.

Die versprochene Beschäftigungssicherung ist jedoch eine Schimäre. Viele Arbeitsplätze werden auf Dauer verloren gehen. Wie die Geschäftsführung süffisant betont, nun mit Zustimmung des Betriebsrats. So sollen allein 401 der knapp 1.500 Arztstellen abgebaut werden. **Das Aufbrechen der Tarifstruktur und der massive Personalabbau öffnen den Weg in die weitere Privatisierung.**

PuC



## Unverzichtbar für alle ... *Berliner Symphoniker beim Volksbegehren*

**Unterschriften von 80.000 Menschen hielten die verantwortlichen Politiker Berlins nicht davon ab, die Zuwendungen für die Berliner Symphoniker künftig ersatzlos zu streichen, da diese Unterschriften noch vor der Initiative des Volksbegehrens gesammelt wurden.**

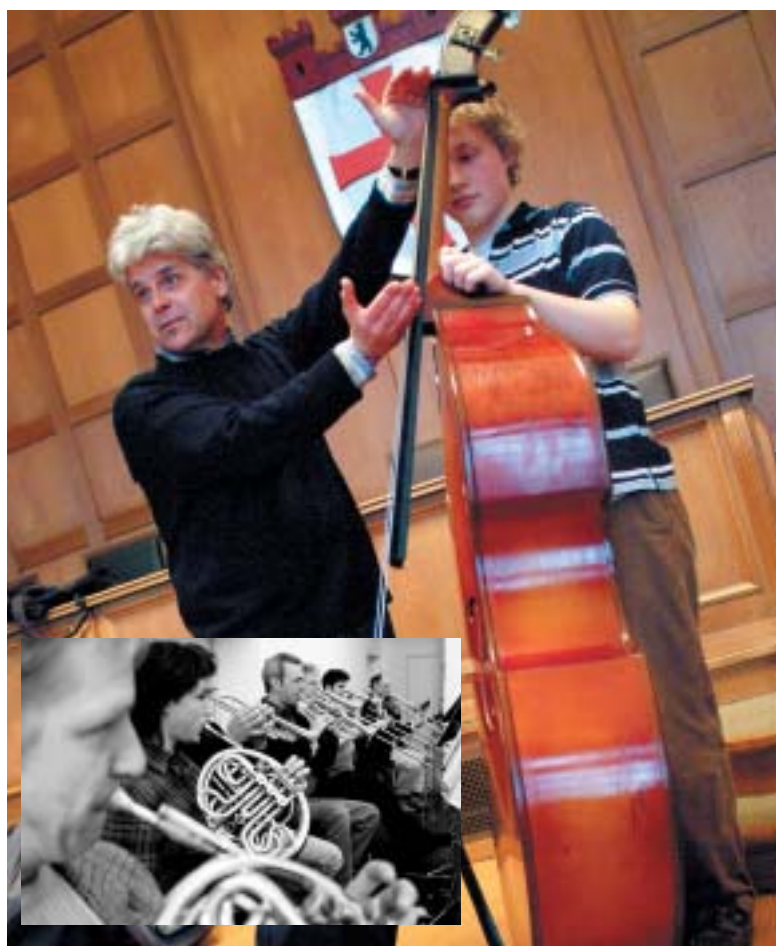
Die Symphoniker sind über Jahrzehnte hinweg als musikalischer Botschafter Berlins weltweit bekannt. Mit unseren Konzerten haben wir den Kindern dieser Stadt geholfen, eine kulturelle Identität zu finden. Wir vermitteln dies durch ca. 200 Schulstunden jährlich in Berliner Schulen, durch die Einladung von „Jugend-Musiziert-Preisträgern“ als Solisten unserer Konzerte und durch Familienkonzerte in der Philharmonie. Die Konzerte mit Berliner Chören und Musikhochschulen und vieles mehr zeigen den sozialen Schwerpunkt unserer Arbeit. Die Streichung der finanziellen Mittel bedeutet die Liquidierung

der Berliner Symphoniker und richtet durch den Wegfall einer solchen Wertevermittlung in der Gesellschaft große Schäden an, die wir alle später bezahlen müssen - allerdings kaum mit Geld werden bezahlen können! Nun sollen wir auf den Altären der Bankgesellschaften und des tempodromen Bauwahns geopfert werden.

Der Kampf gegen diese kulturreisistente Politik hat uns eines gelehrt: Das einzige Argument, das auf die regierenden Politiker wirkt, ist die Gefahr ihres drohenden Machtverlustes. Wir haben uns daher dem Volksbegehren Soziales Berlin angeschlossen, um gemeinsam mit allen Betroffenen laut weiterzuspielen. **Wir fordern Sie auf, mit Ihrer Unterschrift für das Volksbegehren dem Senat zwei kurze Worte zu sagen: Es reicht!**

**Andreas Moritz**  
Orchestervorstand

Berliner Symphoniker e.V.  
kontakt@berliner-symphoniker.de







## Rotstift bei Polizei und Feuerwehr Polizeipräsident „verbietet“ Volksbegehren

**Klaus Wowereit hat vor der Wahl 2001 versprochen, dass es keine Reduzierung im Bereich der Sicherheit und Strafverfolgung geben wird. Nach der Wahl konnte er sich daran nicht mehr erinnern!**

**Tausende Auszubildende** im öffentlichen Dienst und in der Polizei und Feuerwehr werden nicht mehr übernommen.

Seit März 2002 wurde bei der Berliner Polizei niemand mehr eingestellt und ausgebildet. Anfang 2002 beginnt der Senat mit einer Kampagne gegen den öffentlichen Dienst.

**Klaus Wowereit:** Sparen bis es quietscht. **Dr. Körting:** Der Selbstbedienungsladen öffentlicher Dienst ist geschlossen. **Dr. Sarrazin:** Viele der übel riechenden Beamten werden nicht mehr gebraucht. Als erstes werden die **Polizeireiter** aufgelöst, dann schließlich auch das **Polizeiorchester**.

Seit 2002 spürt auch die Bevölkerung die Auswirkungen der massiven Personaleinsparungen. **Polizeidienststellen** werden geschlossen. Polizisten haben bis zu 900 Überstunden angesammelt. Größere Einsätze zur Nachtzeit kann die Polizei nicht mehr bewältigen, da das Personal fehlt. Die Eintreffzeiten der **Feuerwehr** werden länger, weil für die Hauptstadt weniger Einsatzkräfte zur Verfügung stehen, als vor der Grenzöffnung allein für West-Berlin. Die Qualität der Serviceleistungen des **Landeseinwohneramtes (LEA)** für die Bürgerinnen und Bürger wird weiter absinken. Die sehr wichtige **Ausländerbehörde** ist durch Personaleinsparungen fast arbeitsunfähig. Wenn die Personaleinsparungspolitik

von Rot-Rot nicht geändert wird, werden weitere Feuerwehr- und Polizeiwachen schließen müssen.

Die **Notarztwagen** der Feuerwehr werden reduziert, die Geburtshilfswagen (**Storchenwagen**) wurden eingestellt und die **Rettungswagen** der Feuerwehr müssen mit zwei statt mit drei Sanitätern auskommen. Das alles geht zu Lasten von Gesundheit und



Leben der Berliner Bevölkerung. Jetzt hat der Senat Angst vor dem Machtverlust durch das Volksbegehren

**Auf Druck des Senats hat der Polizeipräsident das Ausfüllen von Anträgen in Polizei- und Feuerwehrdienststellen verboten. Auch das Sammeln von Unterschriften in Uniform (natürlich während der Freizeit) wurde verboten.**

Das ist, was Rot-Rot unter Demokratie versteht! **Wir lassen uns unser demokratisches Recht auf Durchführung des Volksbegehrens trotzdem nicht nehmen!**

**Eberhard Schönberg,**  
Vorsitzender der  
Gewerkschaft der Polizei Berlin

## Der rot-rote Senat und die Bildung Wir verlangen eine andere Politik!

**Dieser Berliner Senat macht sich mit seinen Angriffen auf Tarifverträge und andere Schutzrechte von ArbeitnehmerInnen zu einem Vorreiter einer unsozialen Politik in Deutschland. Die Senatskoalition demoralisiert beinahe täglich gerade die Menschen, die Hoffnungen auf diese Koalition gesetzt haben, um mit ihr soziale Rechte verteidigen zu können.**

Die frühkindliche Bildung muss nachhaltig gefördert werden. Das wird mittlerweile von nahezu jedem gefordert. Aber dieser Senat stellt sich hin, redet von Überausstattung und will aus „rein ord-

Die Arbeitszeit für die Berliner Lehrkräfte ist ohne jede inhaltliche Berechtigung erhöht worden - seit dem Jahre 2000 schon zum dritten Mal! Der Zusammenhang zwischen der Höhe der Arbeitsverpflichtung, einem wachsenden Durchschnittsalter der Beschäftigten, den erhöhten Anforderungen durch organisatorische Änderungen und der gewünschten Qualität der Arbeit interessiert diesen Senat nicht. Pädagogische Belange spielen für ihn dabei keine Rolle.

Der Senat will keine Verhandlungen über einen Tarifvertrag im Lehrerbereich. Den künftigen Lehrkräften wird der tarifvertragliche Schutz verweigert. Sie sind damit der Arbeitgeberwillkür in Richtung weiterer Verschlechterungen ihrer Arbeitsbedingungen ausgesetzt. Diese sollen offensichtlich Maßstab für

die künftigen Arbeitsbedingungen in der Schule sein. Die Umsetzung des Anwendungstarifvertrages 2003 gerät zu einem Fiasko. Die Arbeitgeber versuchen massiv, den ausgehandelten Tarifvertrag zu unterlaufen; so z. B. beim Freizeitausgleich für die ErzieherInnen und für beamtete Lehrkräfte. Die Minderung ihres Gehalts wurde sofort vollzogen. Um den entsprechenden Freizeitausgleich muss jetzt noch, ein Jahr später, gekämpft werden.

**Ulrich Thöne,**  
Vorsitzender der GEW BERLIN



nungspolitischen Gründen" die Privatisierung der Kitas mit der Brechstange durchsetzen. Damit soll die tarifvertragliche Absicherung der ErzieherInnen geknackt werden und die ohnehin schlechte Entlohnung nochmals schlechter werden. Trotz Unterfinanzierung der Universitäten, trotz gesellschaftlich anerkannten Bedarfs, mehr Studierende zu mehr Abschlüssen zu bewegen, um die gesellschaftliche Zukunft zu sichern, hält der Senat an den Kürzungsplänen für die Universitäten unvermindert fest. Er sägt an dem Ast, auf dem wir sitzen.



»Die Koalition will eine Stadt, in der die Menschen gerne leben. SPD und PDS bekennen sich zu einer Politik, die städtische Lebensqualität, kulturelle Vielfalt und soziale Stadtentwicklung miteinander in Einklang bringt.«

Aus dem Koalitionsvertrag von SPD und PDS für die Jahre 2001 - 2006





# Einige kritische Fragen an das Volksbegehren



**Fragen und  
Antworten  
rund um das  
Volksbegehren  
Soziales  
Berlin**

## Bringt das Volksbegehren die CDU an die Macht?

**N**ein. Rot-Rot bringt die CDU selber an die Macht. Die unsoziale Politik von Wowereit, Sarrazin und Wolf führt dazu, dass sich Wähler und Mitglieder in Scharen von den Berliner Regierungsparteien abwenden. Meinungsumfragen im Juli haben gezeigt, dass 17 Prozent der Berliner die SPD unterstützen – so wenige waren es noch nie. Tausende von Mitgliedern haben die Partei verlassen.

Die PDS – ihrem Namen nach eine Partei mit sozialistischem Anspruch – macht den Sozialabbau in Berlin mit, während sie gegen die Kürzungen der rot-grünen Bundesregierung protestiert. Darum unterstützen immer weniger Menschen in Berlin die PDS: 15 Prozent. Bei Wahlen in anderen Bundesländern liefen die meisten, die früher SPD oder PDS gewählt haben, nicht zur CDU über, sondern sie protestierten dadurch, dass sie gar nicht mehr wählen gingen. Darum steigt der Anteil der Konservativen.

Rot-Rot hat die Proteste der Studenten, der Eltern, der Lehrer, der Gewerkschaften und der Sozialverbände ignoriert, die gefordert haben, dass der Senat zu einer sozialen Politik zurückkehrt. Der PDS-Wirtschaftssenator Harald Wolf setzt dem jetzt die Krone auf, indem

er gegen den Willen vieler PDS-Mitglieder große Teile von Hartz IV verteidigt. Das Volksbegehren Soziales Berlin will SPD und PDS zur Besinnung bringen: Entweder machen sie eine soziale Politik oder sie werden durch vorgezogene Neuwahlen abgewählt. Darum ist es notwendig, in Berlin gleichzeitig ein soziales Wahlbündnis zu entwickeln, das den Bürgern bei diesen Neuwahlen eine Alternative bieten kann.

## Ist der jetzige SPD/PDS-Senat nicht das kleinere Übel?

**N**ein. Die SPD/PDS-Regierung ist nur ein anderes Übel. Zwar fordern CDU und FDP weiter gehende Kürzungen als jene, welche Rot-Rot durchsetzt. Die Konservativen wollen Lohnkürzungen, Arbeitszeitverlängerung und weitere Einschnitte in den Sozialstaat. Aber CDU und FDP scheitern mit ihren Forderungen, wenn die Berliner schon gegen die Kürzungen von Rot-Rot Widerstand leisten.

Im Moment macht Schröder den Sozialstaat schneller kaputt als die vorige CDU-Bundesregierung unter Kohl. Mit dem Arbeitsmarktgesetz Hartz IV greift Rot-Grün Arbeitslose und das gesamte Lohnniveau an. Die Bundesregierung hat die gleichmäßige Bezahlung von Renten und Gesundheitsversicherung durch

Arbeiter und Unternehmer aufgehoben.

Solche Kürzungen kann Schröder nur wegen seiner Verbindung zu den Gewerkschaftsspitzen durchbringen. Union und FDP könnten den Widerstand der Gewerkschaften nicht zügeln. Darum lehnt der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Rogowski, vorgezogene Neuwahlen ab: „Ich halte davon wenig. Ich wünsche mir, dass der Kanzler seine Agenda 2010 weiter vorantreibt.“

In Berlin sieht es ähnlich aus. Beispielsweise trat die Berliner Landesregierung aus dem kommunalen Arbeitgeberverband aus. Sie löste damit bundesweit Angriffe von Landesregierungen auf die Tarife im öffentlichen Dienst aus.

während die Taschen der Reichen und Konzerneigentümer gefüllt werden. Angeblich sollten so Arbeitsplätze und Wirtschaftsaufschwung entstehen – das war ein Irrglaube.

Auch der Berliner Senat betreibt diese Umverteilung. Zum Beispiel behauptet Rot-Rot, dass durch die Privatisierung landeseigener Betriebe die Bürger besser und preiswerter versorgt würden. Das Gegenteil ist richtig: Nach der Privatisierung strichen die Manager in Berlin über 22.000 Arbeitsplätze und sie erhöhten die Preise bei Strom, Gas, Wasser, Wohnungen massiv. Profitiert haben einige wenige Großaktionäre.

Rot-Rot garantiert den Spekulanten der Immobilienfonds der Berliner Bankgesellschaft Gewinne in Höhe von mindestens 21,6 Milliarden Euro



## Aber die Kassen sind doch leer. Gibt es überhaupt eine Alternative zum Kürzen?

**J**a. Die Kassen der Reichen sind nämlich nicht leer. Das Geldvermögen der Deutschen ist im vergangenen Jahr um 192 Milliarden auf fast vier Billionen Euro und damit auf den höchsten Stand aller Zeiten angewachsen. Doch den größten Teil davon, nämlich rund 2,362 Billionen Euro, halten die 756.000 Finanzmillionäre.

Seit Jahrzehnten plündern Politiker unsere Kassen und die der Kommu-

– auf Kosten der Berliner Steuerzahler.

Das Volksbegehren Soziales Berlin stellt Rot-Rot vor die Wahl: Entweder sie stoppen die Kürzungen und betreiben eine Umverteilung von oben nach unten oder es gibt Neuwahlen.

In vielen Städten wehren sich Menschen mit Montagsdemos gegen die Kürzungen. Die Initiative Volksbegehren Soziales Berlin beteiligt sich an Protesten in Berlin. Gegen eine Regierung, die das Volk nicht vertritt, hilft nur Protest – wie 1989. Eine gerechtere Welt ist möglich, wenn wir dafür gemeinsam eintreten.

**Werner Halbauer,**

Mitglied der Wahlalternative Arbeit & soziale Gerechtigkeit





# Basta!

Aktionszeitung zum Volksbegehren

## Volksbegehren ist Ihre Sache!

„Guten Tag, wir sammeln Unterschriften für das Volksbegehren Soziales Berlin.“ Diesen Satz hören Sie in diesen Wochen häufig, wenn Sie auf Berlins Straßen und Plätzen unterwegs sind.

Vielleicht denken Sie, was geht mich das an, die Politiker da oben im Senat machen ja doch, was sie wollen. Die Abgeordneten streichen nur ihre Diäten ein, was die Bürgerinnen und Bürger denken, interessiert dort nicht. Wenn Sie so denken sollten Sie sich ein paar Minuten Zeit nehmen, um sich über die Ziele des Volksbegehrens Soziales Berlin zu informieren.

Es gab tausendfachen Protest gegen Sozialabbau und Privatisierungen in Berlin: von den Streichungen bei der Bildung bis hin zur Kürzung des Blindengeldes und der Abschaffung des Sozialtickets für die öffentlichen Verkehrsmittel. Am SPD/PDS-Senat glitten diese Proteste ab wie Spiegeleier von einer Teflon-Pfanne. Mit dem Volksbegehren wird jetzt die Frage gestellt: Soziale Politik oder Neuwahlen! Damit wird der wunde Punkt der selbstsicheren Abgeordneten getroffen.

**Nutzen Sie die Chance, Politik in Berlin zu verändern. Machen Sie mit beim Volksbegehren - es ist Ihre Sache!**



Mitglieder der PDS und der „Wahlalternative“ sammeln in Charlottenburg gemeinsam Unterschriften für das Volksbegehren Soziales Berlin

## Es rumort in der PDS

Während PDS-Wirtschaftssenator Wolf wesentliche Teile der sog. Hartz-IV Reform „als richtig“ begrüßt, rumort es an „seiner“ Parteibasis.

Mit dem Bezirksverband Charlottenburg-Wilmersdorf hat sich die erste PDS-Gliederung dem Volks-

begehren Soziales Berlin angeschlossen. Auch an der PDS-Basis im Osten Berlins ist Protest gegen die Senatspolitik zu vernehmen. So wollen bei den Montagsdemonstrationen PDS-Gruppen sowohl gegen Hartz IV als auch gegen den Sozialabbau der SPD/PDS-Koalition in Berlin auf die Straße gehen.



## Volksbegehren - Sammelstellen in Ihrer Nähe

**F**ür das Volksbegehren wurden **Sammelstellen eingerichtet, dort können Zettel abgegeben bzw. geholt werden:**

### Charlottenburg

*Berliner Symphoniker*, Christstr. 30, 14059 Berlin, Mo-Fr 9-17 Uhr  
*Friseursalon Heike Gewich*, Schillerstr. 51 b, 10627 Berlin

### Kreuzberg

*Volksbegehren SOZIALES BERLIN*, Brandesstr. 1, 10969 Berlin, Mo/Mi 11-15 Uhr, Do 15-19 Uhr  
*Versicherungsbüro Prütz*, Graefestr. 14, 10967 Berlin  
*Atelier Ana v. Keitz*, Chamissoplatz 6, 10905 Berlin  
*Buchladen Schwarze Risse*, Gneisenaustr. 2a (Mehringhof), 10961 Berlin  
*Kindermöbel und mehr*, Dieffenbachstr. 53, 10967 Berlin  
*Toko Satu*, Bergmannstr. 13, 10961 Berlin  
*Berliner Büchertisch*, Riemannstr. 8, 10961 Berlin

### Mitte

*Copyladen*, Pohlstr. 48, 10785 Berlin  
*Fotografie Rohner*, Ackerstr. 6/7, 10115 Berlin  
*Kiez-Kids-Klub*, Kirchstr. 4, 10557 Berlin, Mo/Fr 10-17 Uhr

### Neukölln

*Zeitungsladen Weserstr. 7*, 12047 Berlin, (Achmed)

### Prenzlauer Berg

*BAIZ Kultur- und Schankwirtschaft*, Christinenstr. 1, 10119 Berlin

### Schöneberg

*Geschäftsstelle der GdP*, Kurfürstenstr. 112, 10787 Berlin  
*GEW Berlin*, Ahornstr. 5, 10787 Berlin

Wenn Sie auch eine Sammelstelle einrichten wollen, melden Sie sich bitte bei [kontakt@volksbegehren-soziales-berlin.de](mailto:kontakt@volksbegehren-soziales-berlin.de) oder telefonisch unter 0179/123 73 06.

**Es werden ständig neue Sammelstellen eingerichtet.**

## Basta! Aktionszeitung zum Volksbegehren

### Herausgeber:

Initiative Volksbegehren Soziales Berlin, Brandesstraße 1, 10961 Berlin,  
Gewerkschaft der Polizei Berlin, Kurfürstenstraße 112, 10707 Berlin  
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Berlin, Ahornstraße 5, 10787 Berlin

### Redaktion:

Klaus-Dieter Heiser (verantwortlich i. S. d. P.)

Fotos: KDH (S. 1, 4, 6, 7, 8), VBSB (S. 3, 4, 8), Berliner Symphoniker (S. 5), GEW (S. 6)

Druck: Der Ossi-Druck, GmbH & Co. KG, 14776 Brandenburg/Havel

